

Saaleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 70. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200. Sonntag, 10. Februar 1907. Zweite Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 172. Eig. Graf Braubaustr. Verleger: Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 10. Februar.

Antilige Ziffern der Stichwahlsergebnisse.

Bisher liegen uns folgende Ergebnisse aus der Provinz Sachsen und den Nachbarstaaten vor:

Niederungsbereich Westpreußen.
Duerfurt, Westpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 16 844 St. Es erhielt Bänder (sonst) 10 718 St. Gesamtstimmenzahl 27 562.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Westpreußen, Ostpreußen. Bisher Bänder (sonst). Gewählt ist Bänder (sonst) mit 17 045 St. Es erhielt Bänder (sonst) 6880 St. Gesamtstimmenzahl 23 925.

Wahrscheinlichkeit nach auch in diesem Frühjahr wieder zu seiner Erholung eine Serie ansetzen, aber es steht überhaupt noch nicht fest, ob das Ziel dieser Reise das Mittelmeer sein wird. Von einem Besuch des Kaisers in Madrid zu sprechen, ist also mindestens sehr fraglich.

Die Landtagsverhandlungen beim Kaiser. Wie nunmehr bestimmt ist, werden die Verhandlungen der Kaiserlichen Kommission beim Kaiser heute, Sonntag, Mittag 12 Uhr, im Berliner Reichstag stattfinden. Die Erklärung dieser Verhandlungen ist diesmal mit Rücksicht auf die Reichstagsarbeiten bis zur Verlegung der Sitzungen verlagert worden.

Aus dem diplomatischen Dienste. Wie unser Berliner Korrespondent berichtet, ist der bisherige Legationssekretär bei der deutschen Gesandtschaft in Argentinien, Legationsrat Graf von Hede, als kommissarischer Gesandtschaftsleiter nach Lima versetzt worden. Sein Nachfolger in Buenos Aires wird der bisherige dritte Sekretär der deutschen Botschaft in Wien, Prinz von Haffelberg zu Radenberg. Der zweite Sekretär der deutschen Botschaft in Wien Dr. Daniel von Samojewitsch ist zum Legationssekretär bei der deutschen Gesandtschaft in Athen ernannt, wo er der Nachfolger des Legationsrates von Delow-Salce wird, dessen Ernennung zum Vizekonsul in Konstantinopel bereits amtlich gemeldet wurde, und der wieder im auswärtigen Amt Freiherr von Falkenhayn als kommissarischer Leiter der deutschen Gesandtschaft in Brüssel beauftragt worden.

In das Herrenhaus berufen ist durch Allerhöchsten Erlass vom 14. Januar d. Js. der Hofkommunikations- und Landrat Graf v. d. Schulenburg-Agern zu Wolmirstedt infolge Präsentation des Grafenverbandes der Provinz Sachsen anstelle des am 29. März 1906 ausgeschiedenen Grafen v. d. Schulenburg-Weendorf.

Eintrag beim Herrenhaus. Das Mitglied des Herrenhauses Graf v. d. Schulenburg-Agern, bisheriger erster Vizepräsident des Reichstages, hat sich im Herrenhaus den Antrag zu stellen, daß die künftige Landesregierung Mittel zur Entschädigung derjenigen Grundbesitzer in den Grenzgebieten bestimmen wolle, welche durch die im Interesse der heimischen Wirtschaft getroffenen Sperrenmaßnahmen geschädigt worden.

Die preussische Staatsanwaltschaft dürfte in diesem Jahre nicht rechtlich vom Landtage getrennt werden können, man wird aber zu dem Auswege eines Reichstagsverfahrens greifen müssen. Das Abgeordnetenhaus wird den Etat von Oben allerdings ablehnen, doch wird das Herrenhaus die Etatstellen erst nach den Ferien votieren.

Telegraphen- und Telefonleitungen. Im letztvergangenen Jahre sind bekanntlich auch die Telegraphen- und Telefonleitungen durchgreifende Verbesserungen vorgenommen. Vom Beginn des Jahres 1907 waren im Betriebe Telegraphenlinien über: 224 614 km., unterirdisch 13 042 km.; Telefonleitungen über: 1 334 815 km., unterirdisch 1 691 616 km., davon 508 km. oberirdisch und 1 242 283 km. unterirdisch; der Ortsfernverkehr in 4082 Orten und 434 798 km. oberirdisch, sowie 96 209 km. unterirdische Fernsprechverbindungsleitungen; ferner 2064 km. Linien mit 40 245 km. Leitungen der großen unterirdischen Telegraphenlinien.

Männer in Frauenkleidern. Es sind Beschwerden laut geworden, daß Frauenkleidung auf den Straßen häufig zu bemerken sei, was die Männer der öffentlichen Arbeiten den Eisenbahndirektionen mitteilt, unzulässig. Die vorgeschriebenen Frauenarbeiten müssen den in der Verkehrsordnung ausgesprochenen auch mit Zustimmung mitleidender Frauen mit Klammern nicht befeuert werden. Gleichzeitig macht der Minister darauf aufmerksam, daß auch bei Klammern die vorgeschriebene Mindestzahl von Frauenarbeiten bereit gehalten werden muß und daß darüber hinaus vorhandene Frauenarbeiten, nur wenn sie unbedeutend sind, in geeigneter Weise umgewandelt werden dürfen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

6. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.

Im Ministerium v. Studt, Frhr. v. Heinsbach.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Nationalliberalen. Sie fragt, wie sich der sogenannte Verkehrsvertrag mit den Interessen a) der Schulverbände, insbesondere der Landgemeinden, an der Werbung ihrer Volksschulen, b) der Verhältnisse der materiellen und idealen Werbung ihres Standes verhält.

Minister v. Studt erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur näheren Ausführung der Interpellation bemerkt Abg. Schiffer (natlib.): Durch Verfügung vom 4. Mai 1906 hat der Herr Minister die Königlichen Regierungen angewiesen, Verträge der Schulverbände, insbesondere der Landgemeinden, zur Erhebung des Gehalts ihrer Lehrer vor der Befähigung sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob dadurch das Ziel, auf dem Gebiet der Lehrerbildungswesen eine größere Gleichmäßigkeit und Steigerung herbeizuführen, und der Landflucht der Lehrer entgegenzuwirken, etwa gefährdet werden würde. Diese Verfügung hat in vielen Fällen Verurteilung nachgerufen, zumal das Gehaltsziel nicht erreicht wurde. Man fragt, der Herr Minister, wie eine Hebung der Gehälter, wie lange aber soll diese Hebungsdauer für die betroffenen Lehrer dauern? Der Erlass bedeutet auch einen Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Kommunen hinsichtlich der Festsetzung der Lehrergelder. Der Erlass schafft mehr Unklarheit als Klarheit. Wie müssen erst die Lehrernamen bezeichnen, ehe wir Gehaltsfragen erörtern.

Dazu müssen wir aber auch die Chancen des Lehrereverbes berücksichtigen, und dies verbindet die Ministerialverwaltung. Alle diese Gesichtspunkte lassen den Erlass bedenklich und bedauerlich erscheinen. Hoffentlich gelingt es der Staatsregierung, unsere Bedenken zu zerstreuen (Beifall links).

Zur Verantwortung der Interpellation führt Kultusminister v. Studt aus: Die Verhandlung bietet mir günstige Gelegenheit, Vertreter über den Erlass zu befragen, den ich mir als gerade bezeichnend ansehe. Die Ertragung der bedenklichen Erträge ist unbedenklich. Wir haben zunächst eine Vermögensfrage für die Lehrergelder aufgestellt. Inzwischen haben wir die Sache dem Reichstag zur Entscheidung vorgelegt. Die Entscheidung ist eingeleitet. Die Volkswirtschaft ist durch eine einheitliche Erregung, desfalls müssen auch die Lehrergelder einheitlich gleichmäßig sein. Am 16. Mai 1905 beschloß das Haus, eine Verbesserung der Lehrergelder anzugehen. Desfalls wurde zunächst der Dispositionsfonds auf 5 Millionen erhöht. Inzwischen verlor das Haus immer wieder auf die Landflucht. Zugleich wurde betont, daß bis zur Revision des Lehrerbildungsgesetzes Gehaltsverbesserungen für ländliche Lehrer nur in besonderen Ausnahmefällen auszuheben seien. Diese Ausnahmen habe ich mit in meinem Erlass zu eigen gemacht. Übrigens hat eine große Reihe von städtischen Gemeinden es abgelehnt, die derzeitigen Lehrergelder zu erhöhen. Der Erlass vom 4. Mai 1906 bringt nichts Neues; er erinnert nur an die bisherige Praxis. Seit 17 Jahren ist im Bereiche der nachgelagerten Gebiete zur Erhöhung der Gehälter von der Zentralverwaltung verlagert worden. Das Bedürfnis auf Revision des Lehrerbildungsgesetzes ist von der Regierung anerkannt; die Novelle wird baldmöglichst eingebracht werden. Die beteiligten Erträge können also den weiteren Schritten der Regierung mit Vertrauen entgegengebracht werden. Unsere Absicht deckt sich durchwegs mit den Wünschen der Interpellanten. (Beifall links.) Die Zeitdauer, daß ich in öffentlichen Versammlungen unzufrieden angegriffen worden, läßt sich nicht bestreiten, z. B. gegen dies von mir nachgeordneten Beamten. Gleichwohl werde ich zum Wohle der Lehrer weiterarbeiten. (Beif. Beifall rechts und im Zentrum.)

Das Haus beschließt einstimmig die Beantwortung der Interpellation.

Abg. Graf Heintze (sonst.): Meine Freunde stehen dem Erlass unparteiisch gegenüber. Wir hätten es aber lieber gesehen, wenn die Regulierung der Lehrergelder auf gesetzlichem Wege herbeigeführt worden wäre. Will man überhaupt Gleichheit der Lehrergelder, so muß man doch Grenzen ziehen nach unten wie nach oben. Wenn man den Erlass einen Verkehrsvertrag nennt, so ist es gerade die Sache gewesen, die dem Minister die Grundlage des Verkehrsvertrages ist. (Sehr richtig! rechts, Beifall links.) Wir wollen ja von jeder eher organische Regelung auf gesetzlichem Wege; die Linie aber wollte nicht mitteln. Dringend wird ich bitten, daß uns die Revision des Lehrerbildungsgesetzes recht bald, möglichst noch in dieser Session, unterbreitet wird. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Heintze (sonst.): Das Abgeordnetenhaus hat früher nur die Befähigung von Lehrern in der Lehrerbildung geachtet; von abfahrender Gleichminderer war nicht die Rede. Aus finanzieller Not können bei uns Kulturaufgaben nicht unerfüllt bleiben. Wenn es sich um Gehaltsausgaben handelt, wird der Lehrer bei uns sofort des mangelnden Idealismus beschuldigt. Die Idealisten müssen endlich befreit werden.

Abg. Heintze (sonst.): Bei dem Erlass ist gewissermaßen die Wirkung genau zu unterscheiden. Die Absicht war der Landflucht der Lehrer entgegenzuwirken. Der Ausdruck Landflucht dürfte ich nicht. Es handelt sich lediglich um eine Flucht in besser bezahlte Stellen. Die Wirkung des Erlasses war eine Vermindeung, ja, der Lehrer. Der Herr Minister hat es ein Recht der Unterrichtsverwaltung, auch hier Ordnung einzuführen. Aber unter der Aufsicht der Lehrer leidet der ganze Schulbetrieb. Wie recht haben wir, als wir vor solchen provisorischen Maßnahmen warnen. Am sollte die Regierung wenigstens recht bald eine Revision des Lehrerbildungsgesetzes beschließen.

Abg. Heintze (sonst.): Der Herr Minister hatte keine Rede fertig mitgebracht und konnte deshalb meinem Freunde Schiffer nicht in allen Punkten antworten. Auf die Befähigung der Selbstverwaltung ist er nicht eingegangen. Wenn der Minister meinte, der Erlass entpöche unseren Wünschen, so ist er den Beweis schuldig geblieben. Wir wollen eine Einberufung nach unten, aber nicht eine Erdrückung nach oben. Eine solche Verdrückung unseres Charakters verdriven wir uns. (Sehr wahr! links.) Was die anonymen Schmähschriften betrifft, so interessiert mich die Persönlichkeit des Ministers nicht so sehr. (Sehr wahr! links.) Das neue Lehrerbildungsgesetz kann nicht schnell genug herbeigeführt werden. Dann darf der Minister aber nicht unangenehm unter die Parteien treten.

Minister v. Studt betont nochmals, er sei von früh bis spät bemüht, für die Schule und für die Lehrer zu arbeiten. Im 10. Jahre müßte er auf einen angenehmen Lohn der Lehrerschaft die Gehälter über 3000 vorgezogenen Erhöhungen der Lehrergelder und 800 vorgezogenen Erhöhungen der Gehälter der Beamten gegen das Ministerium sachlich ungerichtet. (Beif. Beifall rechts.)

Finanzminister Frhr. v. Heinsbach kann von dem Tone des Abg. Heintze eine Hebung der Gehälter nicht ersehen. Die Meinung, die Kulturaufgaben seien bei uns, läßt sich nicht rechtfertigen. Die Ausgaben für das Kultusministerium sind seit 1898 von 129 Millionen auf 201 Millionen im Jahre 1907 angewachsen. (Sehr wahr! links.) Von einem Wohlwollen gegen die Lehrer kann nicht die Rede sein. Abg. v. Schenckendorff hat es offenbar als Absicht seiner Freunde bezeichnet, unbilligen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Wie sollen wir das machen, wenn nicht durch Ablehnung mitleidiger Gehaltsverbesserungen? (Sehr wahr! links.) Vollkommen überlegen wurde heute die Möglichkeit auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen. Wir werden in der Baurfrage für die Lehrer bestehen. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Heintze (sonst.): Mit dem Dispositionsfonds von 3 Millionen sind noch lange nicht alle Ungleichheiten beseitigt. Die Frage muß beim Aufsatze genau geprüft werden. Preislich, ohne hohe finanzielle Aufwendungen ist eine Revision des Lehrerbildungsgesetzes notwendig.

Die Robota in Currenheit steht die Zinsnahme an. Es bedarf...

Berliner Börse, 9. Febr. 1907

Handelskurse 1 Pr. Lit. 100.000. Ost 1.000. West 1.000.000...

Main table of stock market data with columns for company names, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Deutsche Hypoth.-Pfland.', 'Sächs. Hypoth.-Pfland.', 'Preuss. Hypoth.-Pfland.', 'Sächs. Staatsanleihen', 'Preuss. Staatsanleihen', 'Rheinl. Staatsanleihen', 'Sächs. Staatsanleihen', 'Preuss. Staatsanleihen', 'Rheinl. Staatsanleihen', 'Sächs. Staatsanleihen', 'Preuss. Staatsanleihen', 'Rheinl. Staatsanleihen'.